

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.08.2019	
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr	
Sitzungsende:	20:22 Uhr	
Sitzungsort:	Jugendzentrum Burgtor, Große Burgstraße 2, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Dagmar Hildebrand - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nico B. - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Stefan Krause - CDU		
Sandra Odendahl - SPD		
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Horst Wargenau - CDU		bis 19:05 Uhr - während TOP 6.1
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen		
Lutz Regenberg - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Juleka Schulte - Ostermann - Stadelternvertretung		
Christian Weise - Kreiselternvertretung		
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Stellvertreter		
Christoph Baldy - Die Unabhängigen		Vertretung für: Frau Claudia Petereit
Filip Krubeck - Lübecker Jugendring		Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David Die Johanniter
Vera-Simone Kuzla - AG freier Wohlfahrtsverbände		Vertretung für: Herrn Thomas Grams

Renate Prüß - AG freier Wohlfahrtsverbände AWO Schleswig-Holstein	Vertretung für: Herrn Jürgen Wecker
Verwaltung	
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	
Petra Albrecht - Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig - Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit	
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Sabine Schulz - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Reiner Christ - Internationaler Bund	
Roberta Gerlach - Jugendnetzwerk lambda::nord	
Goldien - Jugendnetzwerk lambda::nord	
Daniel Kerlin - FDP	
Claudia Kümmeke - 4.513 Jugendarbeit	
Helga Lenz - Humanistische Union Lübeck	
Andreas Müller - Freie Wähler & Die Linke	
Beiratsmitglieder	
Bärbel Moeller - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring	- entschuldigt -
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	- entschuldigt -
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Juanna Khalo - Vertretung der Jugend	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung	
2	Niederschriften vom 06.06.2019	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Standortsuche Schlutup Zollhaus - aktueller Stand	
4.1.2	sonstige Mitteilungen der Verwaltung	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018	VO/2019/07824
5.1.1	Antrag des Ausschussmitglieds Nico Berner (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / DIE PARTEI) zu VO/2019/07824 Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018	VO/2019/07824-01
6	Berichte	
6.1	Vorstellung Vormundschaftsprojekt "NICHT ALLEIN"	
6.2	Isbti - queere Jugendarbeit in Lübeck Vorstellung durch das Jugendnetzwerk lambda::Nord e.V.	
6.3	Umfrage zur Zufriedenheit der Eltern mit der Qualität der Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck	VO/2019/07947
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	Freie Wähler & GAL: Auswirkungen der Kitagesetz-Reform des Landes SH	VO/2019/07790
7.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einrichtung eines Rates zur Kriminalprävention	VO/2019/07558
7.3	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: AT zu VO/2019/07314 - Aufbau eines städtischen Stipendiums für Ausbildungsberufe Erzieher*in und SPA, Pflegeberufe	VO/2019/07561
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	Puhle (SPD), Hildebrand (CDU) und Frau Stojan (GRÜNE): Dringlichkeitsantrag: Wasser statt zuckerhaltige Getränke an Schulen und Kitas	VO/2019/08077

9	Verschiedenes	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Herr Puhle eröffnet die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Puhle bedankt sich bei Frau Kümmeke für die Bereitschaft, den Jugendhilfeausschuss im Jugendzentrum Burgtor tagen zu lassen.

Frau Kümmeke begrüßt die Anwesenden und weist auf das 60jährige Jubiläum des Jugendzentrums im Herbst dieses Jahres und darauf, dass sie im Anschluss der Sitzung für Fragen zur Verfügung steht, hin.

Herr Puhle schlägt vor, die Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit um den TOP 8.1 SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE Grünen: Antrag „Wasser statt zuckerhaltige Getränke an Schulen und Kitas“ VO/2019/08077 zu erweitern.

Herr Puhle schlägt weiterhin vor, den TOP 6.2 Isbti-queere Jugendarbeit in Lübeck aufgrund der inhaltlichen Relevanz vor dem TOP 5.1 Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 zu behandeln.

Herr Puhle teilt außerdem mit, dass es eine Mitteilung der Verwaltung für den nichtöffentlichen Teil gibt und schlägt vor, die Tagesordnung um TOP 11.1 Mitteilung über eine Kita zu erweitern.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die beantragte Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit, die Zuordnung des Punktes 11.1 zum nichtöffentlichen Teil sowie die vorgeschlagene Umstellung der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	X
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

zu 2 Niederschriften vom 06.06.2019

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall. Die Niederschrift ist damit festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

zu 4 **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

zu 4.1 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1.1 **Standortsuche Schlutup Zollhaus - aktueller Stand**

4.1.1.1 Dauer Nutzungsverpflichtung

Frau Weiher berichtet über die Kommunikation mit dem Bundesvermögensamt und dass die Dauer der Nutzungsverpflichtung bis 31.10.2024 vereinbart gewesen sei. Durch weiteren Kontakt und Verhandlungen sei es ihr gelungen, dass das Bundesvermögensamt von einer strikten Einhaltung besagter Klausel absehen würde und die Grenzdokumentationsstätte als alleiniger Nutzer, aufgrund ihres Bildungsangebots, akzeptiert werden würde.

4.1.1.2 Standortsuche Zollhaus

Frau Weiher, Herr Puhle und Frau Reichel sind auf Standortsuche in Schlutup gegangen. Frau Reichel berichtet anhand einer Power Point Präsentation über den aktuellen Sachstand. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Puhle ergänzt zum Standort Netzweise, dass die Idee der Bürgerschaft „Wohnen auf dem Wasser“ nicht umgehend umzusetzen sei und deshalb dort möglicherweise trotzdem ein vorübergehendes Angebot für Kinder und Jugendliche denkbar sei; z. B. im Bereich Wassersportarten als Kooperation zwischen dem Jugendtreff Zollhaus und der Willy-Brandt-Schule. Mit einer Containerlösung sei dies kurzfristig realisierbar.

Herr Puhle verweist auf seinen Antrag, der umverteilt wird, mit folgendem Wortlaut:

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes
zur 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Puhle (SPD) zu: TOP 4.1.1 Standortsuche Schlutup Zollhaus

Der Bürgermeister wird beauftragt mit der AWO und weiteren Beteiligten bzgl. folgender Standorte die Gespräche zu intensivieren:

- Objekt Schusterbreite Ecke Fabrikstraße (Gesamtlösung für das Gebäude)
- Kegelhalle des TSV Schlutup

Sollte ein möglicher neuer Standort gefunden worden sein, ist die konkrete Beteiligung der Kinder und Jugendlichen fortzuführen.

Bzgl. einer möglichen Kooperation zwischen dem Jugendtreff und der Willy-Brandt-Schule im Bereich der Wassersportarten ist zu prüfen, ob auf der sogenannten „Netzwiese“ die Möglichkeit besteht Container o.ä. aufzustellen um notwendige Materialien und auch einfache Umkleidemöglichkeiten vorzuhalten.

Dem Ausschuss ist noch in diesem Jahr möglichst abschließend zu berichten.

Zudem empfiehlt der Jugendhilfeausschuss der Bürgerschaft:

Der Gesamtbereich der sogenannten „Netzwiese“ wird entwickelt. Hierbei ist ein Umsetzungskonzept zu erstellen, welches u.a. folgende Punkte aufgreift:

- Idee der Bürgerschaft „Wohnen auf dem Wasser“ zu ermöglichen
- Hafententwicklung
- Sportboothafen
- Gastronomie
- Außenstelle Jugendtreff für Wassersportangebote in Kooperation mit der Willy-Brandt-Schule
- Entwicklung der Grünanlagen mit „Aufenthaltscharakter“

Herr Müller (Die Linke) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Auf Nachfrage von Herrn Müller berichtet Frau Reichel, dass die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen im Rahmen der Standortsuche ergeben hätte, dass alle zu dem Zeitpunkt relevanten Standortoptionen unattraktiv erschienen seien.

Frau Weiher fügt an, dass zwei Kernforderungen für einen neuen Standort genannt worden seien: gute Erreichbarkeit (zentral gelegen, ÖPNV-Anbindung) und die Möglichkeit der Mitgestaltung (Aufteilung und Einrichtung der Räumlichkeiten).

Herr Baldy teilt in Bezug auf den Antrag mit, dass er erfreut sei, dass jetzt zwei Standort-Optionen zur Verfügung stehen, dass er die ‚Netzwiese‘-Empfehlung jedoch als zu umfassend betrachte, als dass er sich sofort eine Meinung darüber bilden könne und schlägt daher eine getrennte Abstimmung vor.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den ersten Teil und die Empfehlung des Antrages getrennt voneinander abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den ersten Teil des Antrags einstimmig.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	X
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt bezüglich des zweiten Teils des Antrags der Bürgerschaft mehrheitlich, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	---
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

zu 4.1.2 sonstige Mitteilungen der Verwaltung

4.1.2.1 Vorstellung Bereichsleitung städt. Kitaeinrichtungen

Frau Weiher stellt die Bereichsleitung 4.511 Städtische Kindertagesstätten vor. Frau Uta Steinkamp stellt sich kurz selbst vor und teilt mit, dass sie bereits seit 30 Jahren im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit mit dem Schwerpunkt Kindertagesbetreuung tätig sei.

4.1.2.2 Situation Familienzentren

Frau Heidig berichtet darüber, dass das Landesjugendamt gemeinsam mit der Unfallkasse landesweit die räumliche Situation von Kitas mit angeschlossenem Familienzentrum prüfe. Hintergrund ist ein Missbrauchsfall anderenorts. Kinder der Kitas sollen sich frei und geschützt in ihrer Einrichtung bewegen können. Es soll verhindert werden, dass fremde Personen unbeobachtet Zugang zur Kita haben.

Frau Heidig legt dar, dass sich das Lübecker Konzept, das Angebot der Familienzentren direkt an Kitas anzusiedeln, bewährt habe und auch von Landesseite unterstützt werde. Auf diesem Weg sei es möglich, Familien direkt vor Ort niedrigschwellig zu erreichen. Die räumliche Situation der Familienzentren in Lübeck sei unterschiedlich. Nicht bei allen Einrichtungen bestehe Handlungsbedarf. Bei einigen Familienzentren könne durch einfache Umbauarbeiten Abhilfe geschaffen werden, bei anderen würde die Raumsituation den Vorgaben entsprechen.

Frau Heidig informiert über drei Veränderungen: In der Kita Bugenhagen I sei ein Umbau erforderlich. Der Träger hätte sich in Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung entschieden, alternativ Raum für eine zusätzliche Gruppe zu schaffen, was dem Bedarf in Buntekuh entgegenkomme. Das Familienzentrum würde in Abstimmung mit den Trägern zum Sommer 2020 zur Kita Kinderclub in der Lachswehrallee verlagert.

Beim Familienzentrum Schaluppenweg sei die Nutzungsüberschneidung im Gebäude zu groß, hier würden aktuell Lösungsansätze geprüft werden.

Das Familienzentrum St. Marien in der Innenstadt hätte sein Angebot zur Sommerpause eingestellt, da hier durch die begrenzte Raumsituation keine Lösung gefunden werden konnte. Die Innenstadt würde weiter mit einem Familienzentrum versorgt. Der Träger Kinderwege würde angebunden an die Kita Alsheide für Kontinuität sorgen.

Frau Prüß fragt nach, ob die Problematik bereits mit dem Landesjugendamt erörtert worden sei, denn wenn sämtliche Kitas aufgrund eines einzigen Vorfalles wieder abgeschottet werden, sei dieses falsch angelegter Kinderschutz. Frau Heidig berichtet, dass es Austausch in Form von kooperativem Aufeinanderzugehen gegeben habe. Man sei um Sicherheit bemüht, wolle aber auch die Angebote der Familienzentren aufrechterhalten.

Frau Hildebrand berichtet, dass sie sich an das Ministerium gewandt habe, um deutlich zu machen, dass es ein Teil des Konzeptes sei, durch Offenheit/Barrierefreiheit Hemmschwellen abzubauen und dass man einen guten Kompromiss gefunden hätte.

Frau Prüß sieht die Situation als kritisch an.

4.1.2.3 Kerndaten zu Bildung in Lübeck

Frau Weiher dankt Frau Alvarez-Fischer und Frau Ahlborn-Ritter und weist darauf hin, dass die jährlich erstellten Kerndaten zu Bildung in Lübeck im Mai 2019 aktualisiert und im Familien- und Bildungsportal bereitgestellt worden seien.

<http://bildung.luebeck.de/bildungsplanung/bildungsmonitoring-und-planung/bildungsmonitoring/index.html>

4.1.2.4 Umzug Servicestelle Kindertagespflege

Herr Jürgensen berichtet, dass für die Servicestelle Kindertagespflege aufgrund der Kündigung zum November dieses Jahres ein neuer Standort gesucht werde. Die Suche gestalte

sich durch Vorgaben zu Erreichbarkeit und Mietkonditionen schwierig. Es sei ein Objekt Ecke Ziegelstraße/Fackenburger Allee gefunden worden, hier sei der Vermieter jedoch nicht mit der Laufzeit von 1,5 Jahren (verbleibender Budgetzeitraum) einverstanden gewesen, sondern hatte mindestens 5 Jahre gefordert; der Träger brauchte daher Rechtssicherheit in Bezug auf die Finanzierung für genannten Zeitraum, welche ihm mittels Absichtserklärung in Bezug auf den Abschluss eines Budgetvertrages zugesichert wurde. Herr Jürgensen erklärt weiter, dass wegen der Dringlichkeit und der Sommerpause keine Ausschussbeteiligung möglich war.

Frau Stojan teilt mit, dass sie die Absichtserklärung der Servicestelle sehen möchte und kritisiert, dass die Angelegenheit nicht offen diskutiert worden sei, da andere Träger durchaus auch Interesse gezeigt haben könnten. Die Absichtserklärung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. Zumindest hätte der Ausschussvorsitzender informiert werden müssen.

Herr Puhle erklärte, dass er Mitglied im Beirat sei und die relative Offenheit bei der Gestaltung wahrgenommen hätte.

Frau Weiher stimmt Herrn Puhle zu und ergänzt, dass hierbei in der sitzungsfreien Sommerpause unter Zeitdruck hätte gehandelt werden müssen. Sie lobt den Träger, der offen und für Veränderungen bereit gewesen sei; Bedenken und Ärgernisse hätten schnell aufgegriffen werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Baldy informiert Herr Jürgensen darüber, dass die HL laut Beschluss aus dem Hauptausschuss keine Räumlichkeiten anmieten darf.

4.1.2.5 Kita ‚Rothebek‘

Herr Jürgensen informiert darüber, dass das Baugebiet Rothebek entwickelt wird und eine Kita angesiedelt werden solle. Er berichtet, dass ein Interessenbekundungsverfahren stattgefunden habe und dass das DRK Lübeck aus sechs Bewerbern den Zuschlag als Träger erhalten habe.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 Vorlage: VO/2019/07824

Frau Albrecht und Frau Reichel führen zum Bericht Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 anhand einer PowerPoint-Präsentation aus. Die PowerPoint-Präsentation wird der Niederschrift beigefügt.

Herr Puhle merkt an, dass die Jugendarbeit bundesweit unterfinanziert sei und nicht nur in der HL in den letzten Jahren vergessen worden sei. Ganz aktuell seien die Jugendarbeit der HL und die Budgetverträge der Träger der freien Jugendhilfe sehr gut gestaltet, man müsse nun beraten, wohin man sich entwickeln wolle. Auftakt hierzu sei der Termin zu Aufwachsen in Lübeck am 05.11.2019, an dem die Jugendarbeit unbedingt mit dabei sein müsse. Erste Ergebnisse hierzu seien im Sommer 2020 zu erwarten.

Herr Puhle nimmt Bezug darauf, dass die Jugendarbeit aus dem Ganztag an Schule komplett herauszuziehen sei. Hierzu stellt er dar, dass die Jugendarbeit Professionalität in den

Ganztag an Schule bringe und deshalb lieber nach einer finanziellen Lösung gesucht werden solle, um die Jugendarbeit als Experten im Ganztag an Schule zu behalten; die Kinder könnten hiervon nur profitieren. Herr Puhle berichtet, dass auch dieser Punkt in den Prozess Aufwachsen in Lübeck zu übernehmen sei.

Zum Thema Streetwork äußert Herr Puhle, dass hierzu eine konzeptionelle Aufstellung diskutiert werden müsse.

Frau Weiher bedankt sich für die Erstellung und Präsentation des Berichtes Jugendhilfeplanung und Jugendarbeit in Lübeck 2018 bei Frau Albrecht und Frau Reichel und merkt hierzu an, dass sie voll hinter dem Konzept stehe. Zur bedarfsgerechten und lebensweltorientierten Weiterentwicklung gehöre auch die Entstehung der Jugendberufsagentur, die zum 01.10. oder 01.11.2019 anstehe.

Herr Müller (Die Linke) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Müller bemerkt, dass der Bericht herausragend gelungen sei und eine Kehrtwende einläute, die einen Arbeitsauftrag für den Rest der Wahlperiode bedeute.

Frau Hildebrand bedankt sich für die großartige geleistete Arbeit der Berichterstellung.

Auf Nachfrage von Herrn Baldy legt Frau Reichel dar, dass die Einrichtung eines Mädchentreffs denkbar wäre, hierbei jedoch die Inklusion im Auge behalten werden solle und es somit möglichst wenig exklusive Treffs geben solle. Hier bedarf es noch an Zeit, um eine sinnvolle Gestaltung zu erörtern.

Weiterhin antwortet Frau Reichel auf Nachfrage zu den finanziellen Auswirkungen, dass diese sich auf die zusätzlich zu schaffenden Personalstellen bzw. –kosten beziehen.

Auf weitere Nachfrage zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages berichtet Frau Reichel, dass der neue Jugendtreff im Hochschulstadtteil eventuell auch in Leichtbauweise zu erstellen sei, um auf Veränderungen in der Altersstruktur besser reagieren und die Gebäude nach Bedarf auch an anderen Orten einsetzen zu können.

Herr Puhle weist auf das Positionspapier des Internationales Bundes hin, dass im Vorwege allen Ausschussmitgliedern per E-Mail zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Christ (IB) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Christ widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Christ bezieht sich auf das Positionspapier, er begrüße die geplante Steigerung der Jugendarbeit, müsse die Umstrukturierung jedoch als falsch ansehen. Der Internationale Bund sei Dienstleister mit Fachkräften, die seit langer Zeit Beziehungen aufgebaut hätten. Eine Aufteilung auf Jugendtreffs könne die Standards der Bundes AG Streetwork nicht einhalten und sei ein fachlicher Fehler.

Frau Prüß bedankt sich für die Erstellung des großartigen und gehaltvollen Berichtes, der mit Engagement vorgetragen worden sei. Sie merkt an, dass Jugendtreffs auch mobil sein und fachliche Dinge berücksichtigt werden sollen. Das Eine schließe das Andere nicht aus, es müsse nach der Wirksamkeit geguckt werden. Mobile Jugendarbeit ist notwendig und nachvollziehbar, woran hakt es bei der Zusammenarbeit mit dem IB? Es müsse ein Konzept mit Schnitt-/Nahtstelle zur Hilfe zur Erziehung entwickelt werden, da die Zahl hoffnungsloser Jugendlicher wächst und diese nicht zu verlieren seien.

Herr Puhle weist auch hier darauf hin, dass dieses ein Thema im Prozess Aufwachsen Lübeck sein wird.

Frau Schulte-Ostermann merkt an, dass die Subvention von Ganztag an Schule durch Jugendarbeit beendet werden müsse. Sie regt an, die Summen die geflossen sind, wieder dem Bereich Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. In Stadtteilen, in denen eine besondere Kinderarmut festzustellen ist, wie z. B. Buntekuh und Moising macht sie den Vorschlag, die noch vorhandenen 45 Hortplätze dort gezielt anzubieten.

Zum vorgeschlagenen Mitteltransfer zwischen Ganztags und Jugendarbeit antwortet Frau Reichel, dass der größte Stellenabbau in der Jugendarbeit zwar zeitlich mit dem Aufbau des Ganztags in Zusammenhang stehe, aber nicht mehr explizit nachvollzogen werden kann welche genauen Summen hier in Anschlag zu bringen wären. Dies sei nicht mehr nachvollziehbar, da es nie eine konkrete Verschiebung von Mitteln oder Stellen gegeben habe, die jetzt eventuell rückgängig gemacht werden könnten.

Frau Albrecht ergänzt hierzu, dass die „Ausfall-Bürgerschaft“ für das Modellprojekt Schule als Lebens- und Lernort (2007) zurückgefahren wurde und Ganztags an Schule jetzt losgelöst ist. Frau Reichel fügt an, dass der Stellenabbau der Vorstellung geschuldet war, dass Ganztags an Schule die Jugendzentren ersetzen würde. Im Nachhinein sei festgestellt worden, dass dieses für die jüngeren Grundschul Kinder zuträfe, Ältere jedoch das Ganztagsangebot nicht wahrnehmen würden.

Frau Schmittner berichtet, dass sie seit 10 Jahren im Mädchen AK und Jungen AK arbeite und daher wisse, dass es zu wenig Personal in Jugendzentren gäbe. Durch mehr Mitarbeiter:innen würde auch mehr Jugendarbeit bei Kindern und Jugendlichen ankommen. Viele Mädchen wünschen sich auch Mädchenräume; das Mädchenzentrum sei seit 2007 geschlossen.

Frau Schulte-Ostermann regt an, dass eine Genderfachstelle sowie ein lebensverlauforientiertes zentrales Mädchenzentrum eingerichtet wird.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die im Bericht dargestellten Maßnahmen werden in die Haushaltsplanung 2020ff. aufgenommen, um die Jugendarbeit bedarfsgerecht und lebensweltorientiert weiterzuentwickeln.
2. Der gesamtstädtische Mehrbedarf für die Umsetzung der Maßnahmen im Haushaltsjahr 2020 beträgt 208.271 EUR.
3. Die Bürgerschaft beschließt die Einrichtung eines neuen Jugendtreffs im Hochschulstadtteil/Bornkamp.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	X
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

zu 5.1.1 Antrag des Ausschussmitglieds Nico Berner (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / DIE PARTEI) zu VO/2019/07824 Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 Vorlage: VO/2019/07824-01

Herr Berner trägt den Antrag vor und stellt dar, dass eine Anbindung der Straßensozialarbeit an die Jugendtreffs Rollenkonflikte entstehen lassen würde, da hier unterschiedliche Herangehensweisen vorliegen würden.

Herr Berner bringt an, dass die Straßensozialarbeit oft unterschätzt werden würde und hier eine Verstärkung nötig wäre, um die Straßensozialarbeit uneingeschränkt gewährleisten zu können.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird freundlich darum gebeten, folgenden Punkt in der Jugendhilfeplanung zu berücksichtigen, um einen ausreichenden Standard an sozialpädagogischer Straßensozialarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewährleisten zu können: Jugendtreffs (Jugendzentren) werden unter keinen Umständen an die Straßensozialarbeit in Teilen oder im vollen Umfang angebunden.

Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	---
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

zu 6 Berichte

zu 6.1 Vorstellung Vormundschaftsprojekt "NICHT ALLEIN"

Herr Puhle begrüßt Frau Lenz, die das Vormundschaftsprojekt ‚NICHT ALLEIN‘ für minderjährige Flüchtlinge vorstellt.

Frau Lenz entschuldigt Frau Grekopolou, die krankheitsbedingt nicht anwesend sein kann. Eine Projektinformation und ein Flyer zum Projekt werden umverteilt.

Frau Lenz berichtet, dass seit September 2017 bisher 18 Vormundschaften betreut wurden, von denen keine abgebrochen wurde. Die Vormundschaften werden offiziell durch Eintritt der Mündel in die Volljährigkeit beendet, der Kontakt bleibt jedoch größtenteils weiterhin bestehen. Aktuell bestehen noch 12 Vormundschaften. Auf der Warteliste für eine neue Vormundschaft befinden sich derzeit zwei Projektmitglieder. Im Vordergrund der Unterstützung liegen sprachliche, schulische, gesundheitliche und aufenthaltsrechtliche Belange.

Der Finanzbedarf beträgt derzeit 118.000 Euro p.a. und ist bis 31.03.2020 gesichert. Maßgeblicher Förderer ist die Aktion Mensch, des Weiteren unterstützen die Possehl-Stiftung und der Integrationsfonds der HL, die UNO-Flüchtlingshilfe sowie die Humanistische Union Lübeck durch Eigenmittel.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.2 Isbti - queere Jugendarbeit in Lübeck
Vorstellung durch das Jugendnetzwerk lambda::Nord e.V.**

Herr Puhle begrüßt Frau Gerlach und Herrn Goldien, die anhand eines umverteilten Konzeptpapiers und einer PowerPoint-Präsentation das Jugendnetzwerk lambda::nord vorstellen.

len. Die PowerPoint-Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Goldien führt aus, dass eine Beratungsstelle wichtig wäre, jedoch in Lübeck bisher nicht angeboten werden könne. Auf Nachfrage von Frau Hildebrand erklärt Herr Goldien, dass Workshops für Schulen anders finanziert würden und somit nicht zur Finanzierung beitragen könnten.

Herr Puhle stimmt dem Bedarf einer Beratungsstelle für die HL zu.

Frau Schmittner kann aufgrund ihrer Mitarbeit im Mädchen-AK ebenfalls berichten, dass eine Nachfrage herrsche und ein Angebot wie in Hannover (Beratungsstelle) gewünscht würde.

Herr Goldien ergänzt hierzu, dass es in Berlin bereits eine Beratungsstelle gäbe.

Herr Bernet berichtet, dass das Jugendnetzwerk lambda::nord Mitglied im Lübecker Jugendring sei und deren Räumlichkeiten in der Mengstraße nutzt. Daher verweist Herr Bernet auf die Haushaltsplanung, um eine städtische Finanzierung zu erreichen.

Frau Weiher teilt mit, dass sie sich über mehr Liberalität in unserer Gesellschaft freue und dass sie die Arbeit des Jugendnetzwerks richtig finde. Sie warnt davor, im Zuge der Einrichtung von Beratungsstellen Ghettos und geschützte Räume zu schaffen, da das Ziel die Inklusion sei. Langfristiges Ziel sei es, dass exklusive Beratungen überflüssig werden.

Herr Baldy kommentiert, dass er einen Zwischenschritt als nötig ansehe und zur nächsten JHA-Sitzung einen Antrag zur Finanzierung von Räumlichkeiten für die Arbeit des Jugendnetzwerkes als zwingend notwendig erachte.

Herr Puhle erinnert daran, dass der Haushalt in diesem Jahr erstmalig nicht mehr in den Ausschüssen, sondern nur noch zentral in der Bürgerschaftssitzung beraten wird und in den Ausschüssen keine Antragsstellungen mehr möglich seien. Er bietet jedoch an, diesbezüglich einen fraktionsübergreifenden Termin anzuberaumen.

Frau Reichel erklärte, dass eine brauchbare Finanzierung sehr erfreulich wäre, dass man zunächst jedoch den Status Quo, insbesondere die Kommunikation zur HL besser werden müsse. Einen eigenen Treff halte sie für illusorisch.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende fragt, ob der Ausschuss einer 10minütigen Pause widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Es wird von 18:42 Uhr bis 18:52 Uhr eine Pause eingelegt.

zu 6.3	Umfrage zur Zufriedenheit der Eltern mit der Qualität der Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/07947
---------------	--

Herr Jürgensen erläutert das Umfrageergebnis.

Frau Schmittner teilt hierzu mit, dass sie es positiv sehe, dass die Eltern befragt wurden, fügt jedoch an, dass die Vertretungsregelung (täglich, Ferienzeiten) weiterhin ein Thema sei.

Herr Müller (Die Linke) stellt in Frage, ob die Eltern hinsichtlich der Tatsache, dass kein Kitaplatz zur Verfügung stand, wirklich mit der Kindertagespflege zufrieden seien oder nur keine Alternative gehabt hätten.

Frau Schulte-Ostermann knüpft an diesen Punkt an und ist der Meinung, dass die Daten nicht valide dargestellt werden können, da die Eltern nicht die Option auf einen Kitaplatz gehabt hätten. Um bedarfsgerecht zu reagieren, müssten Daten zum Kitaplatz-Wunsch ebenso in das Umfrageergebnis einfließen.

Herr Puhle stellt dar, dass die HL mit dem Ausbau der Kindertagespflege einer langen Kitaplatz-Warteliste wie z. B. in Kiel zuvorgekommen und daher einen guten Weg gegangen sei.

Herr Regenberg merkt an, dass die Hinweise zu den nicht vorhandenen Kitaplätzen korrekt seien, dass jedoch das Ergebnis der Umfrage erfreulich sei und die gute Arbeit der Kindertagespflege-Eltern darunter nicht untergehen solle.

Frau Heidig ergänzt hierzu, dass es in der Kindertagespflege in den letzten 10 Jahren eine positive Qualitätsentwicklung gegeben hätte und dass sich Eltern trotz Übergangslösung bewusst für die Kindertagespflege entschieden hätten, bei der sie bei Zufriedenheit dann auch bleiben würden.

Bericht:

Im Februar 2019 hat der Fachbereich 4 mit Unterstützung durch die Verbundpartner Kindertagespflege eine Umfrage zur Zufriedenheit der Eltern mit der Kindertagespflege durchgeführt.

Es wurden alle Eltern von Kindertagespflegekindern angeschrieben, insgesamt wurden Anfang Februar 1.083 Fragebögen versandt. Die Rückgabe wurde bis Ende Februar 2019 erbeten. 470 Eltern beteiligten sich an der Umfrage, das entspricht einer Rücklaufquote von rd. 43%.

Das Ergebnis der Umfrage ist als Anlage beigefügt.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 7.1 Freie Wähler & GAL: Auswirkungen der Kitagesetz-Reform des Landes SH Vorlage: VO/2019/07790
--

Herr Jürgensen teilt zu den Auswirkungen der Kitagesetz-Reform des Landes Schleswig-Holstein mit, dass die HL im Rahmen von Ganztags an Schule als freiwillige Leistung eine Geschwisterermäßigung gewähre und dies auch weiterhin analog zum zum neuen KitaG erfolgen werde. Es gäbe zudem allerdings noch ungefähr 100 Hortplätze, die durch das neue Kitagesetz in Bezug auf Geschwisterermäßigung nicht berücksichtigt würden und nicht alle dieser 100 Hortkinder hätten Geschwister, es seien also nur sehr wenige Hortkinder, für die die HL die Geschwisterermäßigung überhaupt freiwillig leisten müsse. Herr Jürgensen versicherte, dass die HL für die wenigen verbliebenen Hortplätze eine Geschwisterermäßigung als freiwillige Leistung erbringen werde.

Auf Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann führte Herr Jürgensen aus, dass die Geschwisterermäßigung jetzt und in Zukunft in beide Richtungen gelten würde – sie gelte für die älteren und jüngeren Geschwister. Das heißt, das zweite Kind bekommt in Kindertageseinrichtung (Hort, Elementar und/oder Hort), Kindertagespflege oder Betreuter Grundschule die 50%-Ermäßigung nach dem neuen KitaG, ab dem dritten Kind gäbe es 100% Ermäßigung, wenn ein älteres Geschwisterkind in Hort, Betreute Grundschule oder Kindertagespflege gehe.

Vor dem Hintergrund dieser Zusagen zog Katja Mentz von der Fraktion Freie Wähler & GAL den zweiten Satz des Antrages (Freier Wähler & GAL: Auswirkungen der Kitagesetz-Reform des Landes SH Vorlage: VO/2019/07790) aufgrund der entfallenen Notwendigkeit zurück.

Herr Baldy teilt hierzu mit, dass es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dass keine Familie in Lübeck schlechter gestellt werde als andere.

Herr Kerlin (FDP) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Jürgensen teilt auf Nachfrage von Herrn Kerlin mit, dass es noch keine endgültige Entscheidung des Landes gäbe.

Herr Puhle warnt vor dem zweiten Satz des Antrages, da dieser die HL in eine übervorteilte Situation bringen würde. Er schlägt eine satzweise Abstimmung des Antrages vor.

Frau Mentz zieht den zweiten Satz des Antrages zurück.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf, die Kitagesetz-Reform dahingehend zu ändern, dass die im Entwurf des neuen KitaG geltende Geschwisterermäßigung auf alle Kinder in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege von 0 bis einschließlich 14. Lebensjahr angewendet wird.

~~Sollte die Landesregierung nicht bereit sein, diesen Punkt aufzunehmen, soll die Geschwisterermäßigung des neuen KitaG ab Inkrafttreten des Gesetzes für alle Lübecker Kinder in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege von null bis einschließlich 14 Jahren gelten und von der Stadt Lübeck übernommen werden.~~

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den geänderten Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	X
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

**zu 7.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einrichtung eines Rates zur Kriminalprävention
Vorlage: VO/2019/07558**

Frau Junghans berichtet von der organisatorischen Anbindung des Kriminalpräventiven Rates im Bereich Familienhilfen und fügt an, dass diese Arbeit leistbar sei.

Frau Stojan führt aus, dass der Hintergrund des Antrages eine Erweiterung des Aufgabengebietes sei.

Herr Baldy weist darauf hin, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung federführend sei und diesen Antrag vertagt habe.

Herr Bernet äußert hierzu, dass der Jugendbereich den Schwerpunkt der Prävention darstellen solle.

Frau Weiher schließt sich inhaltlich an und führt weiterhin aus, dass Kinder und Jugendliche

einen anderen – nicht ordnungsrechtlichen – Blick brauchen. Die Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt würde nicht in Frage gestellt, jedoch müsse der Kriminalpräventive Rat dem Jugendamt zugeordnet bleiben. Sie wünsche sich, dass der JHA dieses mittrage.

Herr Puhle schlägt vor, den ersten Satz des Antrages zu ergänzen und den Rest des Antrages zu streichen.

Frau Weiher ergänzt hierzu, dass im ersten Satz des Antrages der Zusatz ‚im Fachbereich 4‘ eingefügt werden solle.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Rat für Kriminalprävention im Fachbereich 4 zu reaktivieren.

~~Der Bürgermeister wird beauftragt, den Rat für Kriminalprävention zu reaktivieren.
Der Rat soll primär die Aufgabe haben, Ursachen von Kriminalität in der Hansestadt Lübeck zu erkennen und frühzeitig dem Senat und der Bürgerschaft gezielte Gegenmaßnahmen vorschlagen. Der Rat befasst sich nicht nur mit dem Thema Jugendkriminalität, sondern mit der Kriminalprävention aller Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen.~~

Der Rat soll sich aus Vertreter*innen folgender Akteure zusammensetzen:

- ~~– Polizei~~
- ~~– Jugendhilfe und Jugendarbeit~~
- ~~– Schulen~~
- ~~– Stadtplanung~~
- ~~– Architekten~~
- ~~– Wohnungsgesellschaften~~
- ~~– Kirche~~
- ~~– Seniorenbeirat~~
- ~~– Behindertenbeirat~~
- ~~– Vertreter*innen aus Kinder- und Frauenprojekten~~
- ~~– Vertreter*innen aus ausgewählten Lübecker Verbänden~~

~~Der Bürgermeister wird aufgefordert spätestens bis zur Augustsitzung der Bürgerschaft eine entsprechende Beschlussvorlage zur Reaktivierung des Rates zur Kriminalprävention vorzulegen. In der Beschlussvorlage sollen Zusammensetzung, Zielvorstellung und Arbeitsweise des Rates geregelt werden.~~

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, den geänderten Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	X
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

**zu 7.3 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: AT zu VO/2019/07314 - Aufbau eines städtischen Stipendiums für Ausbildungsberufe Erzieher*in und SPA, Pflegeberufe
Vorlage: VO/2019/07561**

Herr Puhle berichtet hierzu, dass die Verwaltung die Vertagung dieses TOPs erwäge, da es für die Erstellung eines Berichtes noch an Datenmaterial fehlen würde.

Frau Weiher erläutert das Projekt PiA und informiert darüber, dass für die HL 20 Plätze beantragt wurden, die ab August 2020 an der Dorothea-Schlözer-Schule angeboten werden könnten.

Weiterhin führt Frau Weiher zur Anfrage aus, dass diese zu sehr detailliert sei als dass sie kurzfristig und vollumfänglich beantwortet werden könne. Grundsätzlich sei es auch nicht die Aufgabe einer Kommune, die grundsätzliche Frage nach einer gerechten Bezahlung zu behandeln, wobei die Personalkapazität der Verwaltung dieses ohnehin nicht zulasse.

Frau Stojan erläutert den zweiten Teil des Antrags und merkt an, dass die Beantwortung nicht nach hinten geschoben werden solle.

Herr Puhle macht deutlich, dass die Finanzierung der Ausbildungsvergütung Landessache sei und dieses seiner Zuständigkeit nachkommen solle.

Frau Weiher stimmt Herrn Puhle zu. Sie sieht in den Stipendien eine gute Idee, allerdings lassen die Ausbildungskapazitäten in der HL diese gar nicht zu.

Auf Äußerung von Herrn Krause, dass er für eine kreative Übergangslösung wäre, wiederholt Frau Weiher, dass es in der HL an Ausbildungskapazitäten fehle.

Es entsteht eine Diskussion, die Fragen zur Ausführung, Finanzierung und Handhabung aufwirft, die nicht beantwortet werden können.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vertagung des Antrages abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt mehrheitlich die Vertagung des Antrages.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	---
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 8.1 Puhle (SPD), Hildebrand (CDU) und Frau Stojan (GRÜNE): Dringlichkeitsantrag: Wasser statt zuckerhaltige Getränke an Schulen und Kitas
Vorlage: VO/2019/08077**

Herr Puhle berichtet, dass der Antrag im gestrigen Schul- und Sportausschuss behandelt

worden sei und nun, um den Bereich Kitas erweitert, im JHA behandelt werden solle.

Herr Weise merkt an, dass er das Thema zwar relevant für Schulen, aber nicht für Kitas halte.

Frau Weiher erwidert darauf, dass das Thema Wasserspender in den Kitas in Workshops erörtert wurde und man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass das Aufstellen von Wasserspendern aus verschiedenen Gründen sinnvoll wäre. Es bräuchte kein Getränkegeld mehr eingesammelt werden, außerdem sei der Wegfall von Plastik-/Pfandflaschen ein kleiner Beitrag zum Umweltschutz.

Auf Nachfrage von Frau Eitel erklärt Frau Weiher, dass die Teilnahme an diesem Konzept nur für städtische Kitas verpflichtend sei. Die HL könne jedoch die freien Träger auf freiwilliger Basis auch einbeziehen.

Auf Einwand von Frau Eitel, dass in die Trägerautonomie eingegriffen werden würde, schlägt Herr Puhle vor, dass der Antrag um das Wort ‚möglichst‘ ergänzt wird.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Zur Gesundheitsprävention an Schulen und Kitas wird der Bürgermeister beauftragt ein Konzept zu erstellen um MÖGLICHST alle Lübecker Schulen und Kitas mit einem Wasserspender zu versehen. Die Nutzung für die Schüler*innen sowie Kitakinder soll kostenfrei erfolgen. Zudem sollen geeignete Maßnahmen zur Aufklärung zuckerhaltiger Getränke und deren Auswirkung in den Schulen und Kitas erfolgen, beispielsweise durch zielgruppengerechte Infotafeln an den Wasserspendern.

Als Vergleich sind Schleswig und Timmendorfer Strand heranzuziehen.

Der Bürgerschaft ist spätestens bis zur Novembersitzung 2019 ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß dem geänderten Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	Einstimmig	X
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---

zu 9 Verschiedenes

Frau Hildebrand erinnert daran, dass vor einem Jahr, am 21.08.2018, das Richtfest der städtischen Kita Klipperstraße stattgefunden hätte und dass sie Interesse an einem Stand der Dinge hätte.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, den Raum zu verlassen.

Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung um 20:13 Uhr.

Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der

Sitzung nicht berechtigt sind, verlassen den Raum.

Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung um 20:14 Uhr.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Puhle gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst wurden. Der Ausschuss hat eine Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lübeck, den 14. November 2019

Jörn Puhle
Vorsitzende/r

Frau Sabine Schulz
Protokollführung